

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

196 (23.8.1919)

Beilage zur Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Vom wirtschaftl. und sozialen Charakter der Arbeit.

Von Professor Dr. Hans Pfeiffer-Wetzlich.

Die Natur stattet den Menschen mit Verstand und Körperkraft aus, aber nicht um diese verkümmern zu lassen, sondern um sie zu gebrauchen. Die geistigen und körperlichen Kräfte haben also einen Zweck, sie sind das Nützliche für das irdische Leben. Ihre Betätigung vermag allein dem Leben Inhalt und Zweck zu geben. Diese Betätigung der menschlichen Kräfte nennen wir Arbeit. Dabei dürfen wir aber das Wort Arbeit nicht lediglich auf die körperliche Arbeit beschränken, sondern ganz allgemein ist jede körperliche, geistige und geistliche Arbeit darunter zu verstehen.

Aus der Natur des Menschen folgt schon die Notwendigkeit der Arbeit, der Betätigung seiner Kräfte. Daher ist die Arbeit nicht nur ein Gesetz für die Menschheit als solche, sondern zugleich ein Gesetz, das jeden einzelnen verpflichtet, wenn nicht Alter, Krankheit, Kindheit die Betätigung ausschließen. Mit vollem Recht sagt daher auch die Schrift: Der Mensch ist zur Arbeit geboren, wie der Vogel zum Flug.

Ausnahmen von diesem Gesetz der Arbeit darf es nicht geben; weder Vorzug der Geburt noch ungeheurer Reichtum können davon entbinden. Aus letzterem erwachsen vielmehr höhere Pflichten der Arbeit.

Ist es nicht auch für einen gesunden Menschen, für einen wahren Charakter, furchtbar niederdrückend, wenn er infolge besonderer Umstände nicht arbeiten, seinen Platz nicht ausfüllen kann, und so anderen zur Last fällt? Und spricht man andererseits nicht mit Verachtung von einem Menschen, der nicht arbeiten will? Diesem ruft ganz richtig der Apostel zu: Wer nicht arbeiten will, der soll auch nicht essen.

Wozu aber arbeiten? Der wirtschaftliche unmittelbare Zweck jeglicher Arbeit ist die Selbsterhaltung des Arbeitenden. Um leben zu können, um sich und den Seinen Wohnung, Kleidung, Nahrung und Verpflegung in franten und alten Tagen zu verschaffen, arbeitet in erster Linie der wirtschaftlich Tätige. Die Selbsterhaltung des Lebens ist also der erste natürliche Zweck der Arbeit. So muß es auch von Natur aus sein, denn erst wenn der Einzelne eine eigene Existenz hat, dann kann er auch anderen und damit letzten Endes der Gesamtheit dienlich sein. Dieses Recht, sich Arbeit zu suchen, um durch Arbeit sein Leben zu erhalten, hat der Mensch von der Natur, es ist ihm daher auch eigen, wesentlich und unmittelbar in der Gesellschaft.

Aber damit will nicht ausgesprochen werden, daß der Mensch auf die Gesellschaft keinerlei Rücksicht zu nehmen habe. Denn der Mensch lebt nicht als Einzelwesen, sondern als Glied der Gesellschaft. Seine Arbeit muß zugleich Arbeit für die Gesellschaft sein, muß einen wenn auch noch so kleinen Baustein am Gesamtwerk aller darstellen. Denn nur aus der harmonischen Vereinigung des Einzelwohles und des Wohles aller kann wahre Gesundheit und Gesundheit des wirtschaftlichen Lebens hervorgehen.

Schon diesen unmittelbaren natürlichen Zweck der Arbeit hat der Wirtschaftsliberalismus verkannt zum schweren Schaden der Arbeitenden und zum Nachteil der Gesellschaft. Er predigt nämlich: Raube und massenhafte Erzeugung von Gütern ist Zweck der Arbeit. Unter dieser Parole blühte die Ausbeutung der bescheidenen Arbeiter, blühte die Knechtschaft und Verflämung der Volksmassen. Unter dieser Parole erwachsen die Riesengewinne, denn die Arbeit ward lediglich als Mittel zum Gewinnmachen ausgenutzt.

Bisher hat der Besitz sich als alleiniger Herr betätigt und nur ein Recht, nämlich das feilige, gelten lassen. Nunmehr ist die rechtlose Arbeit zur Macht gelangt, und Gleiches soll mit Gleichem vergolten werden. Vorher schlug das Pendel zu weit nach rechts, heute schlägt es zu weit nach links. Schuld an beiden ist der falsche Begriff der Arbeit. Nicht nur wird und wird der natürliche unmittelbare Zweck der Arbeit verkehrt gelehrt und getätigt. Sondern was noch schlimmer ist, der soziale Charakter der Arbeit war und ist bis zur Stunde verflämung. Wenn es nicht gelingt, diesen sozialen Charakter der Arbeit zur Herrschaft zu bringen, dann bauen wir unser Wirtschaftsleben wieder auf Sand auf.

Wohltut die Selbsterhaltung der erste natürliche Zweck der Arbeit, aber höheren Ranges ist die Einordnung des Arbeitszweckes in die Gesellschaft, ist die unabwiesliche und ausnahmslose Pflicht, auch aus Rücksicht auf die Gesamtheit zu arbeiten.

Die Arbeit ist keine Ware, wie der Liberalismus lehrt; sie ist vielmehr eine soziale Tätigkeit, die zwischen dem Arbeitenden und der Gesellschaft gegenseitige Verpflichtungen in sich trägt. Daher kann und darf die Arbeit nicht lediglich privaten Interessen unterworfen werden, sondern sie ist auf das Gemeinwohl einzustellen. Der natürliche Zweck der Gesellschaft ist ja die öffentliche Wohlfahrt. Diese wird aber nur erreicht, wenn zugleich dem Wohle aller und dem Wohle des Einzelnen Harmonie besteht, wenn wieder der Satz:

Keiner lebt für sich allein, sondern jeder für alle und alle für die Gesamtheit,

praktisch Gemeingut des Volkes wird. Die Pflichten an die Gesamtheit müssen aus der Bergessenheit aus Tageslicht gebracht werden. Der Unternehmer muß davon durchdrungen werden, daß er Pflichten hat gegen seine Arbeitnehmer und mit ihnen zugleich auch Pflichten für die Gesamtheit. Auch der einfache Arbeiter unter uns muß sich bewußt werden, daß seine Arbeit zugleich Mitleistung und Beitrag an der Gesamtheit ist.

Der Mensch bleibt immer Glied der Gesellschaft, beide in inniger Wechselwirkung mit gegenseitigen Rechten und Pflichten miteinander verbunden. Alle Arbeit vollzieht sich in gesellschaftlichen Zusammenhängen, ist Teilarbeit aus dem großen Ganzen der nationalen Arbeit, ist ein Moment in der Arbeit der aufeinander folgenden Geschlechter, sich stützend auf das „Erbe“ an Kapital und Intelligenz, was ihm seine Eltern und Voreltern gesammelt. Die Arbeit ist „Recht“, ist aber auch „Pflicht“ gegen die Gemeinschaft, in deren Schöße sie sich gebildet. Sie hat empfangen, sie muß auch geben. Die Gemeinschaft muß für sie aufkommen, sie auch für die Gemeinschaft. (Dr. Fr. Vize, Kapital und Arbeit, S. 152.)

Ein gegenseitiges Hand-in-Hand-Arbeiten aller, Ausgleichen, Zusammenarbeiten, Zusammenhalten, Zusammenhalten muß leitender Gedanke und höherer Zweck jeglicher Arbeit werden in allen Ständen und Kreisen. Die Arbeit darf nicht lediglich als Erwerbsmittel aufgefaßt werden. Sie ist mehr als das, sie ist soziale Aufgabe, ist Beruf.

Wo ist heute die Berufsidee? Sie ist erloschen in Massenbewußtsein, das sich im Klassenhaß nach außen auswirkt. Aber dieser Klassengeist ist nicht fähig, dem sozialen Charakter der Arbeit gerecht zu werden, da er nicht bindet, sondern trennt. Sozial wirken, heißt aber im Kerne, ausgleichend, verständnisvoll, vereinigend wirken. Wir müssen daher mit aller Macht danach streben, daß die Klassen verschwinden, und an ihre Stelle wieder die Stände und damit das Ständebewußtsein und die Ständesarbeit treten. Diese Aufforderung richtet sich nicht nur an die Arbeiter, das Handwerk, den Mittelstand usw., sondern geht insbesondere auch an die höheren und gebildeteren Kreise. Auch dort muß der soziale Charakter der Arbeit wieder Gemeingut, muß die Ständesarbeit wieder gepflegt werden. Richtig verstandene und betätigte Ständesarbeit ist gesellschaftliche Arbeit, ist Arbeit im Dienste der Gesamtheit. Das gilt vom Gelehrten wie vom einfachen Arbeiter. Jeder an seiner Stelle und jeder mit seinem Können und Wissen zum Wohle aller, ausgerüstet mit entsprechenden Pflichten und Rechten. Wie ganz anders stand doch im Mittelalter z. B. der Handwerksgehilfe da als heute! Es war die gesellschaftliche Ständesarbeit, die ihm die damalige hohe gesellschaftliche Stellung verlieh.

Kein Stand ist an sich gering zu werten. Die redliche Arbeit adelt ja jeden Menschen.

Ein einfacher redlich arbeitender Strafenlehrer ist tausendmal mehr wert, als ein Buchhalter, der im Kraftwagen durch die Straßen faucht. Der Erftere arbeitet, der zweite aber stiehlt. Der Strafenlehrer ist ein nützliches Glied im Dienste der Gemeinschaft; der Buchhalter aber ist ein Vlutfauger der Gemeinschaft, eine Drohne im Wirtschaftslieben.

Wo ist heute noch Ständebewußtsein? Nirgend mehr, weder unten noch oben. Dafür herrschen oben Ständebüffel, unten Haß und Neid.

Keiner braucht sich seiner Arbeit schämen, sofern er redlich arbeitet, und er wird sich nicht schämen, wenn er davon durchdrungen ist, daß er einen in der Gesellschaft nützlichen Platz einnimmt. Ja, ein gerechter Ständestolz wird ihn erfüllen und ihn frei und offen in die Welt bliden lassen. Eine im Dienst der Gesellschaft schwierig gewordene Faust erheischt Achtung, die wohlgepflegten Finger eines Lebemannes verdienen dagegen Verachtung. Sehr richtig schreibt Vater Maria Albert Weiß in seinem Buche Soziale Frage und Soziale Ordnung S. 402:

„In der Arbeit und zwar in der gesellschaftlichen Ständesarbeit, liegt eine Kraft der sittlichen Erziehung, aber der Charakterbildung nicht bloß für den Einzelnen, sondern für die ganze Gesellschaft, deren Bedeutung nicht hoch genug angeschlagen werden kann.“

Was brauchen wir aber heute mehr, als sittliche Erziehung, was mehr als das Durchdringen vom sozialen Charakter der Arbeit, was mehr als richtige Ständesarbeit und geordnetes Ständebewußtsein?

Möchten doch gerade unsere Arbeiterführer, möchten aber auch die oberen Kreise sich erfüllen mit dem Geiste der sozialen Aufgabe der Arbeit und alle dafür eintreten, daß die Arbeit wieder ihren sozialen Charakter erhält zum Wohle des Einzelnen und zum Besten der Gesamtheit.

Allerdings kann diese hehre und so wichtige Aufgabe nur dann mit Erfolg aufgenommen und durchgeführt werden, wenn wir uns bewußt sind, daß alles Leben hienieden dem höchsten Ziele, dem Jenseits zu gelten hat. Von dieser Warte gesehen, erhält die Arbeit erst ihre höchste Weihe, tritt ihr sittliche Charakter klar in die Erscheinung. So erst erkennen wir, daß die Arbeit ein Gebot Gottes ist, daß sie ein Mittel der Buße darstellt für die sündhafte Menschheit, daß sie zur Läuterung der Menschen und zur inneren Veredelung dient. Erst unter diesem hohen Gesichtswinkel wird die schwere Last der Arbeit leichter, bekommt der schwere Daseinskampf sein hohes Ziel, wird die Arbeit befreit von der Knechtschaft Ketten und zur Betätigung freier Menschen mit dem besten Bewußtsein, daß alle Menschen als Menschen vor Gott gleich und gleichberechtigt sind. Dann erst bekommt der Gemeinschaftsgeist seinen tiefsten Gehalt, als gemeinsame Arbeit zum gemeinsamen höchsten Ziel, zu Gott.

Der Wiederaufbau Nord-Frankreichs.

* Von zuständiger Stelle wird aus Berlin berichtet:

Die deutsche Kommission, die über den Wiederaufbau mit der Gegenseite verhandelt, hat, wie bereits mitgeteilt worden ist, für kurze Zeit die Besprechungen in Versailles unterbrochen, um der Reichsregierung in Weimar und den zuständigen deutschen Stellen Bericht zu erstatten.

Es hat bei den Verhandlungen in Versailles zwar eine erhebliche Annäherung der beiderseitigen Auffassungen stattgefunden; indes stehen dem Beginn des Wiederaufbaues noch eine große Anzahl von Schwierigkeiten entgegen, zu deren Beseitigung es einer weiteren ruhigen und langsamen Arbeit bedarf. Aber auch wenn diese Schwierigkeiten allseitig behoben sein werden und mit der Gegenseite über das, was deutschseits in der Wiederaufbauaufgabe zu tun ist, Einverständnis erzielt sein wird, muß vor jedem Optimismus in der Wiederaufbauaufgabe und vor jeder Überschätzung der Deutschland daran zusammenfallenden Arbeiten auf das dringendste gewarnt werden.

Die Gegenseite hat zwar zweifellos ein Interesse daran, der Wiederaufbau so schnell wie möglich erfolgen zu lassen. Sie weiß, daß die deutschen Arbeiter, wenn sie nach Frankreich kommen, viel nutzen können. Sie weiß ferner, daß wir mit Materiallieferungen der verschiedensten Art den Wiederaufbau erleichtern können. Sie hat aber kein Interesse daran, daß der Wiederaufbau, dessen Kosten wir nach den uns aufgezwungenen Friedensbedingungen tragen sollen, möglichst billig wird. Man wünscht vielmehr, und zwar Unternehmer, Materiallieferanten und Arbeiter geeint, aus dem Wiederaufbau ein möglichst gutes Geschäft für sich zu machen. Die

Zusammenfassend soll betont werden, daß man heute von der früher zum Gesetz erhobenen schablonenhaften Nachahmung alter Stilformen ohne Rücksichtnahme auf den Zweck des Gebäudes und das verwendete Material glücklicherweise abgesehen ist. Unter Führung hervorragender Baukünstler wie Theodor Fischer, Hermann Finsterlin, Adolf Hilberbrand und zahlreicher anderer hat sich die neue Städtebaufähigkeit entwickelt, die sich nicht in der Anpassung an ältere Stilarten erschöpft, sondern Zweck, Material und natürliche Einfügung in das umgebende Landschaftsbild als ausschlaggebend erachtet.

Büchertisch.

Kultur- und Arrondierungswesen des Kaiserlichen Niederungsgebietes und der markgräflich bad. Domäne Inultheim, unter besonderer Berücksichtigung ihrer Entstehung und ihrer Entwicklung im 19. Jahrhundert. Von Dr. Friedrich Wendlin 3 Bände (VIII und 229 Seiten mit Karten und Plänen). Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe. Preis 5,40 M. und Feuerungszulage.

Wir sehen hier, von der geschichtlichen Entwicklung früherer Jahrhunderte mit all ihrer Kriegernot und dem hochinteressanten Problem der Bauernbewegung im 15. Jahrhundert abgesehen, die Arbeit der verschiedensten Kulturgenossenschaften, Domänenverwaltungen, Gemeinden und des Staates während des 19. Jahrhunderts auf einem natürlich abgegrenzten und inmitten einer Industriezone gelegenen Agrargebietes sich abwickeln. Strom- und Bachregulierungen, Entwässerung, Bewässerung, Bodenverbesserung und Bodenbewirtschaftung, Flurberreinigung, die Fragen der Groß- und Kleinparzellierung, der Siedlungs- und Bauernfrage, der industriellen und ländlichen Arbeiterfrage, der Familien- und sozialen Agrarfragen, der landw. Berufsfrage usw. liegen als vollendete Vorboten der Fragen vor uns, die uns heute bebrängen. Das Buch wird jedem eine Fülle von Aufklärung, Mut und Initiative zur Lösung unserer heutigen und künftigen Agrarprobleme geben. Auch für Politiker, Gelehrte, Beamte, Kaufleute und Bürger wird dieses Buch von größtem Interesse sein.

Ästhetik des Städtebaues.

Von Dr. Matth. Schmid.*

Die Ästhetik des Städtebaus rechtfertigt eine nähere Betrachtung, da manche unserer Städte alles aufbieten, um durch Schaffung eines schönen Gesamtbildes Fremdenverkehr und Rentenertrag zu erreichen. Wie angeordnet, müssen auch für die Durchführung künstlerischer Grundrisse Bauplan und Bauordnung die Vorbedingungen schaffen, und dieselben erfahren denn auch mehr und mehr eine vertiefte Durcharbeit nach dieser Seite hin. Die lange Jahrzehnte hindurch übliche einseitige Berücksichtigung der Verkehrsinteressen ließ Gebilde entstehen, die jeder künstlerischen Wirkung entbehren, und da natürlich an eine getreue Nachahmung alter Motive mit ihrer ungemein malerischen Wirkung auch nicht mehr zu denken ist, fordert man eine weise Vereinigung Verkehrs- und künstlerischer Gesichtspunkte. Das führte zunächst in der Straßenanlage zum Verlassen jenes Standpunkts, der in Geradlinigkeit und Rechtwinkligkeit das einzig Zweckmäßige erkannte, und zur Schaffung von Straßenzügen, bei denen gerade Strecken mit Krümmungen abwechseln. Um für Straßeneinstrecken den Eindruck eines geschlossenen Gesamtbildes zu erwecken, sucht man die störenden Unterbrechungen infolge allzu häufiger Einmündung von Seitenstraßen zu vermeiden und bringt an der Wiegung als natürlichen Abschluß ein freistehendes Gebäude, einen Schmuckplatz, ein Denkmal (Brunnen!) an. Auch irgend ein hervorragendes öffentliches Gebäude, dem vielleicht ein erhöhter Standort gegeben werden kann, eignet sich vorzüglich als Ziel- und Abschlußpunkt mehrerer Straßen zugleich. Zur Unterbrechung langer Straßen, deren Geradlinigkeit sich nicht vermeiden läßt, dienen

stellenweise Straßenerweiterungen mit einem Schmuckplatz in der Mitte. Gartenanlagen oder doch Baumreihen verhüten den ermüdenden Eindruck zu breiter Freiflächen. Neben die Verkehrs- und Bohnstraßen treten neuerdings gerne die Promenadenstraßen, die Gelegenheit zu bequemer Erholung in frischer Luft und schöner Umgebung bieten, und daher durch reichliches Grün, gärtnerischen Schmuck, Ruheplätze ausgezeichnet sind. In vielen Städten hat man solche in ausgezeichneter Weise als Ringstraßen gewonnen durch Niederlegung ehemaliger Ringmauern und Wälle.

Freie Plätze betrachtete man früher mit Vorliebe als Knotenpunkte des Verkehrs, wodurch natürlich jede ästhetische Wirkung verloren ging. In der Regel mündeten so viele in den Platz ein, daß der Eindruck der Geschlossenheit nicht aufkommen konnte. Je weniger Straßeneröffnungen die Umrahmung des Platzes durchbrechen, desto eindringlicher kommt Platz und Umrahmung zur Geltung. Daher läßt man, wo immer es angängig ist, höchstens eine Straße an jeder Ecke einmünden, viellecht im Winkel, so daß der Blick des Beschauers möglichst wenig auf solche Lücken trifft. Selbstverständlich muß die Höhe der umschließenden Gebäude im richtigen Verhältnis zur Platzbreite stehen. Säulengänge, Arkaden, lassen sich meist vorteilhaft verwerten.

Schöne Bilder erzielt man endlich auch durch eine individuelle abwechslungsreiche Gestaltung der Gebäude. Um den Eindruck langweiliger Gleichmäßigkeit zu vermeiden, braucht man nur unsere Mietkasernenviertel zu betrachten. Daß historisch denkwürdige Bauwerke erhalten werden, gilt als selbstverständlich; nach Möglichkeit sucht man ihnen auch die Umgebung anzupassen. Allerdings ist dies nicht immer leicht gegenüber den Anforderungen des modernen Verkehrslebens.

Eine Stadterweiterung gestaltet sich äußerst dankbar, wenn sie in der Lage ist, vorhandene Naturanlagen wie Wälder, Teiche, Wald, einen Hügel, selbst eine schöne Baumgruppe zweckmäßig in das Bild einzubeziehen. Die Natur selbst wird in solchen Fällen mit leichter Mühe das erreichen helfen, was alle Städtebaukunst erstrebt: ein Bild natürlicher Schönheit, lebensfroher Natur auch im brandenden Strome der Großstadt.

* Wir entnehmen diese Ausführungen dem im Verlage B. G. Teubner in Leipzig und Berlin erschienenen 466. Bändchen aus der Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt“ „Beschreibung und Verwaltung der deutschen Städte“ von Dr. Matth. Schmid (Preis kart. 1,80, geb. 1,90 M., dazu Feuerungszulage), welches in gemeinverständlicher Form über die Aufgaben und aktuellen Probleme der Kommunalpolitik übersichtlich unterrichtet.

Unternehmer der Gegenseite wollen zunächst hohe Gewinne bei den Vergabungen erzielen; die Lieferanten wollen die Materialien ohne deutsche Konkurrenz und zu möglichst hohen Preisen verkaufen; und die französischen Arbeiter sind der Auffassung, daß sie sich diese gute Gelegenheit, auf lange Jahre hinaus im Bergbau eine glänzende Konjunktur zu sichern, nicht entgehen lassen dürfen. Unter diesen Umständen haben die deutschen Unternehmer, denen es obliegt, durch möglichst billigen Wiederaufbau die finanziellen Kriegslasten Deutschlands zu mildern, an sich schon einen schweren Stand. Dazu kommen die Schwierigkeiten im einzelnen.

Was zunächst die Frage der Mitwirkung deutscher Arbeiter bei dem Wiederaufbau anbelangt, so besteht, wie erwähnt, zurzeit ein gegenwärtiges Interesse der französischen Arbeiter. Die deutschen Arbeiter halten es, nachdem auf dem Gewerkschaftskongress in Amsterdam die Internationale wieder hergestellt worden ist, für eine kameradschaftliche Pflicht, nicht nach Frankreich zu gehen, wenn dies den Interessen der französischen Arbeiter widerspricht. Es wird also nach weiterer Verhandlung bedürfen, um die französischen Arbeiter davon zu überzeugen, daß sie weder durch das Erscheinen der deutschen Arbeiter in Frankreich selbst, noch durch die Arbeitsbedingungen, unter denen die deutschen Arbeiter in Frankreich arbeiten werden, irgend eine sie schädigende Konkurrenz erhalten. (Wie hier bemerkt sein mag, kommt eine Verteilung deutscher Arbeiter in Belgien nicht in Frage, da dort kein Mangel an Arbeitern für den Wiederaufbau besteht.)

Ferner sind noch nicht genügend geklärt: die Frage der Versammlungsfreiheit der deutschen Arbeiter, die Frage der Sozialversicherung, der Arbeiterschutzgesetzgebung, der Gerichtsbarkeit und der Unterbringung, bezüglich deren es auch noch einer eingehenden Besprechung mit der Gegenseite bedarf. Die Forderungen, welche die deutschen Arbeiter stellen müssen, sind nur mit großer Mühe durchzusetzen. Jedenfalls muß ein genaues Statut über alle Arbeitsbedingungen ausgearbeitet werden, ehe die Arbeiter nach Frankreich gehen können.

Diese Verhandlungen werden in Versailles mit der größten Beschleunigung und mit dem größten Nachdruck fortgesetzt, um so mehr, als wir nicht etwa durch irgendein Jögern der Entente auch nur den Anschein einer Schwäche geben dürfen, um trotz ihrer im Friedensvertrag übernommenen bedingungslosen Verpflichtung die Kriegsgefangenen noch weiterhin zurückzubehalten.

Die Frage, in welcher Form die Unternehmungen ausgeführt werden sollen, ob durch den Staat, durch Private oder durch die Arbeiter selbst, ist durch die Friedensbedingungen dahin geregelt, daß das Deutsche Reich selbst der Generalunternehmer ist. Die Reichsregierung wird hier keineswegs starr an allen Schienen festhalten, sie wird vielmehr versuchen, den Zeitverhältnissen entsprechende Neuerungen zu erproben. Voraussetzung ist aber, daß dadurch der Zweck des Wiederaufbaues und die ruhige Arbeit im Wiederaufbaugelände nicht gefährdet werden dürfen. Die vorbereitenden Arbeiten in dieser Frage sind bereits im Gange; sie werden von der in Versailles eingesetzten Studienkommission fortgesetzt.

Was die Frage des Wiederaufbaus selbst anlangt, so muß auf das dringendste darauf gewarnt werden, sich hier irgendwelchen Hoffnungen hinzugeben, als ob deutsche Architekten oder deutsche Organisatoren in dem zerstörten Gebiet Frankreichs große einheitliche Pläne durchführen können. Es kann sich vielmehr nur darum handeln, praktische Arbeit zu leisten. Sie allein entspricht auch nur der Art des französischen Wiederaufbauministers Loucheur, der eine zweifelslos bedeutende, tatkräftige und lediglich auf den großen Zweck gestellte Persönlichkeit ist. Herr Loucheur hat zunächst in dem zerstörten Gebiet die Straßen wieder hergestellt und ist nun dabei, die Eisenbahnen und die Kanäle wieder in Betrieb zu bringen. Dann wird das Gebiet von einem Netz von Schmalspurbahnen durchzogen werden (an der Lieferung hierfür werden wir uns beteiligen). Die nächste Arbeit wird sein, daß das Gebiet wieder aufgeräumt wird, das heißt, die Schützengräben wieder eingeebnet, die Drahtwerke und die Minen beseitigt, die Leichen zusammengelegt werden usw. Diese Wiederaufbauarbeiten ist das größte und umfangreichste der in Betracht kommenden Geschäfte. Die Vergabe der Wiederaufbauarbeiten wird so erfolgen, daß der deutschen Regierung nach noch zu treffender Vereinbarung mit der Gegenseite bestimmte Sektoren zugewiesen werden. Danach kommt, soweit es praktisch und tunlich ist, der eigentliche Aufbau, also zunächst die vollkommene Wiederherstellung der Straßen, insbesondere in den Ortschaften und andere mehr, wobei, wie in den Verhandlungen mit der Gegenseite ausdrücklich festgestellt worden ist, es in Einzelfällen durchaus nicht allgemein in Betracht kommen kann, Gänge Dörfer zerstört wieder aufzubauen.

Eine besondere Rolle wird die Wiederaufforstung der Wälder und solcher Gebiete, die künftig nicht mehr zu landwirtschaftlichen Zwecken verwendet werden können, spielen. Diese Frage wird zunächst in einer deutsch-französischen Unterkommission besprochen werden.

Ferner kommt besonders in Betracht die Frage einer zusammenhängenden Wiederherstellung der französischen Bergwerksgebiete in den Departements Du Nord und Pas de Calais. Hier sind in Frankreich schon erhebliche Vorarbeiten geleistet worden; es ist eine besondere deutsch-französische Kommission eingesetzt, die zu prüfen haben wird, inwieweit Deutschland in diesen Gebieten ein zusammenhängendes Wiederaufbau übertragen werden kann.

Im übrigen kann auch der Bau von Eisenbahnliesen, Brücken usw. in Frage kommen, wofür französischerseits besondere Lastenhefte ausgegeben werden sollen.

Was die Lieferung von Materialien anbelangt, so ist auch hierfür eine besondere Kommission eingesetzt worden, die ihre Arbeiten bereits begonnen hat. Speziell handelt es sich darum, möglichst rasch die Voraussetzungen für die vorläufige Unterbringung der französischen Bevölkerung und für die deutschen Arbeiter in Frankreich zu liefern.

Eine besondere Bedeutung hat im Verlaufe der Besprechungen die Transportfrage gewonnen. Es zeigt sich immer mehr, daß sich die Frage der Bewältigung der aus den Wiederaufbauarbeiten, wie auch aus den übrigen Massenerlieferungen zwischen Frankreich und Deutschland sich ergebenden Transporte zu einer Frage von absolut entscheidender Bedeutung gestaltet. Es ist deshalb in Versailles beschlossen worden, die Erörterung der Gesamtheit der Transportfragen einer besonderen möglichst stark ausgearbeiteten Kommission zu übertragen. Eine erste allgemeine Sitzung dieser Kommission hat in Versailles bereits stattgefunden. Bei ihr ist zunächst über eine wichtige Unterfrage, nämlich die der Wiederrückführung der vor dem Kriege in Stellung gewesenen Abmachungen zwischen den Eisenbahnverwaltungen über die Benutzung des Fahrmaterials Einverständnis erzielt.

Wann und in welchem Umfange die Wiederaufbauarbeiten begonnen werden, wird praktisch davon abhängen, ob und wann die Transportfrage gelöst wird, und sich eine Einigung in der Beschäftigung der deutschen Arbeiter erzielen läßt. Ferner muß noch eine Reihe von Unterfragen gelöst werden, die genauer Durchsprechung mit den Gegnern bedürfen, ehe man an die Ausführung herangehen kann. Diese Besprechungen sind, da man es mit bisherigen Feinden zu tun hat, sehr schwierig. Erst wenn sie abgeschlossen sind, wird die praktische Arbeit anfangen. Für diese wird dann ein tatkräftiger Wiederaufbau-Kommissar von besonderem Organisationsstalent ernannt werden, aber auch dieser Wiederaufbau-Kommissar wird zunächst den Schwerpunkt seiner Tätigkeit in Versailles haben. Es kann nur das angeführt werden, worüber mit der Gegenseite, d. h. vor allem mit dem französischen Wiederaufbauminister Loucheur, Einverständnis erzielt ist.

Dann muß das Gebiet von dem Wiederaufbau-Kommissar und seinen Sachverständigen beaufsichtigt werden, eine Angelegenheit, die bei der Stimmung der Bevölkerung in dem besetzten Gebiet gleichfalls große Vorsicht erfordert. Erst danach beginnt die eigentliche organisatorische Arbeit in Deutschland. Jetzt können nur vorbereitende Schritte getan werden. Diese werden von den verschiedenen Unterkommissionen, die in Versailles eingesetzt worden sind und von der nächsten Woche ab ihre Arbeiten wieder aufnehmen werden, getan werden.

Der Wiederaufbau ist ein großes Werk, von dessen Gelingen es abhängt, ob wir unter den Kriegslasten, die uns entgegen den Willkürlichen Zusagen aufgezogen worden sind, wirtschaftlich zugrunde gehen werden oder nicht. Er wird viele Jahre in Anspruch nehmen. Es kommt alles darauf an, wie es vom ersten Beginn an ausgeführt wird, und es kommt alles darauf an, daß hierfür Ruhe bewahrt wird, Harmonizität und Geduld.

Politische Neuigkeiten.

Vom Reichsrat.

In der gestrigen unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers abgehaltenen Sitzung des Reichsrates wurde H. W. L. B. der von dem sechsten Ausschuss der Nationalversammlung beschlossenen Verordnung über Gebühren für Zeugen und Sachverständige, ferner den von dem 18. Ausschuss der Nationalversammlung beschlossenen Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft, sowie den 24 Gesetzen, welche die Nationalversammlung in den letzten Wochen verabschiedet hatte, zugestimmt.

Die Erhöhung des Eisenbahntarifs.

Die Verhandlungen zwischen den deutschen Staatsbahnverwaltungen bezüglich der Erhöhung des Tarifs im Personenverkehr sind, wie die „B. Fr.“ von zuständiger Stelle erfährt, im wesentlichen abgeschlossen. Im Personen- und Geschäftsverkehr sollen sämtliche geltenden Fahrpreise und Geschäftstarife um 50 vom Hundert erhöht werden. Die Erhöhung trifft gleichmäßig alle Wagenklassen und alle Arten von Fahrtausweisen. Ernohen wird, bei dieser Gelegenheit eine seit langem angelegte Neuerung durchzuführen, nämlich eine billige, der Arbeiterwochenkarte nachgebildete Zeitarie ohne Beschränkung auf einen bestimmten Nebenverkehr. Als Zeitpunkt für die Durchführung der Tarifserhöhung ist der 1. Oktober 1919 in Aussicht genommen.

Die reichseigene Steuerverwaltung.

Zu der Neuordnung des Reichs- und Staatsfinanzwesens in eine reichseigene Steuerverwaltung bringt die „Köln. Zig.“ nähere Mitteilungen. Das Blatt führt u. a. aus:

Der ursprüngliche Erbsenbesitzer behauptet, daß das Reich allein zur Erhebung von Einkommensteuer berechtigt sein und von dem Ertrag dieser Steuer 75 v. H. behalten, 25 v. H. aber an die Einzelstaaten abführen solle, wurde als praktisch ganz undurchführbar fallen gelassen und man hat stattdessen dem Antrag Preußens folgend die Steuererträge zwischen Reich und Bundesstaaten wie auch den Gemeinden in der Weise abgeteilt, daß zunächst das Reich alle die in den jetzt vorliegenden Gesetzentwürfen ihm zugedachten direkten Steuern neben den indirekten, die nach wie vor seine Domäne bilden, erhält. Demgegenüber haben die Einzelstaaten einen Anspruch auf Überweisung aus den Reichseinnahmen, der auf der Grundlage der bisherigen Steuerbelastung des Einkommens durch Einzelstaaten und Gemeinden berechnet wird. Es wird für jeden Staat festgestellt, wie groß im Durchschnitt der Jahre 1916, 1917 und 1918 das von ihm und seinen Gemeinden herangezogene steuerpflichtige Gesamteinkommen und die darauf ruhende Steuerbelastung war. Der danach sich ergebende Steuerbedarf ist dem betreffenden Einzelstaat aus den Reichseinnahmen zu überweisen mit der Maßgabe jedoch, daß diese Überweisung mindestens die Höhe der Steuerbelastung im Jahre 1919 erreicht, und daß sie sich für jedes weitere Jahr um 6 v. H. erhöht. Hätte also z. B. in Preußen das gesamte steuerpflichtige Einkommen der Bevölkerung im Durchschnitt in den drei Jahren 1916, 1917 und 1918 20 Milliarden Mark und die darauf durch Staat und Gemeinden gelegte Steuerbelastung 5 v. H. betragen, so hätte Preußen den Anspruch, vom Reich mindestens 1 Milliarde Mk. jährlich aus den Reichseinnahmen zu erhalten. Wäre im Jahre 1919 die Steuerbelastung in Preußen größer gewesen, so hätte es einen entsprechend höheren Anspruch, und im Jahre 1920 wären ihm weitere 6 v. H. Zuschlag, ebenso in den folgenden Jahren, zu zahlen. Für die Überweisungen kann das Reich die Mittel aus den Quellen nehmen, die ihm hierfür am geeignetsten erscheinen. Die Einzelstaaten haben dann die Aufgabe, zu entscheiden, inwieweit die Überweisungen ihrer eigenen Finanzwirtschaft und inwieweit sie den Gemeinden zuzuführen sind.

Aus dieser Regelung des Verhältnisses zwischen Reichs- und Staatsfinanzen ergibt sich zunächst, daß der Ertrag, der dem Reich aus der Reichseinkommensteuer verbleibt, nicht allzu erheblich sein wird. Sieht man von dem einmaligen Reichsnotopfer ab, so werden seine Haupteinnahmen, abgesehen von der Reichserbschaftsteuer, im wesentlichen aus der geplanten großen Umsatzsteuer und den indirekten Steuern fließen. Andererseits gibt sich für die Einzelstaaten aus dieser Regelung des Verhältnisses der Vorteil, daß sie bei ihrer Finanzwirtschaft mit ganz bestimmten Summen rechnen können. Dafür müssen sie sich allerdings zu dem Verzicht auf die Einkommensteuer verstehen, u. als Ersatz bleiben ihnen nur Grundsteuer, Gebäudesteuer und Gewerbesteuer, in deren weiteren Entwicklung sie aber insofern beschränkt sind, als diese Steuern nach oben hin gebunden werden müssen, um die Steuereinkünfte des Reichs nicht zu gefährden. Was endlich die Gemeinden anbelangt, so hängt ihre Finanzwirtschaft für die Folge ab von den Überweisungen, die ihnen von den Einzelstaaten gemacht werden. Außerdem will man ihnen die Lustbarkeitsteuer überlassen. In der Hauptsache aber werden sie, inwieweit sie selbständige, von den Einzelstaaten unabhängige Finanzpolitik treiben wollen, auf die Entwicklung des Gebührensens und der Einnahmen aus ihren Betrieben wie Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerken, Straßenbahnen usw. angewiesen sein.

Das Gesetz gegen die Steuerflucht.

Am Freitag abend tagte im Reichsfinanzministerium die Sachverständigenkommission zur Erörterung des Gesetzes gegen die Steuerflucht. Im Zusammenhang damit wurden auch der Notenumtauschplan und die Devisenfragen eingehend besprochen.

Die katastrophale Lage des Kohlenmarktes.

Der Ausschuss zur Prüfung der Arbeitszeit im Bergbau hielt am Mittwoch vormittag im Saale der Bergbauverwaltung in Essen eine neue Sitzung ab, in der die Vernehmung der Auskunftspersonen fortgesetzt wurde. Unter anderem nahm daran auch der bereits früher erwähnte Geh. Kommerzienrat Klöckner teil. Nachdem von den Ausschussmitgliedern alle Fragen vorgelegt waren, gab Geh. Kommerzienrat Klöckner einen Überblick über die Lage des deutschen Kohlenmarktes und kennzeichnete dabei die tröstlichen Ausblicke, denen wir gegenübersehen.

Nach Auffassung des Sachverständigen steuern wir in sechs Wochen dem Zusammenbruch entgegen, wenn es nicht gelingt, die Förderung von Kohlen zu steigern. An die Lieferung von auch nur 20 Millionen Tonnen an den Verband sei offenbar nicht zu denken. In diesem Fall würden sämtliche Schöfeln ausgeblasen werden müssen und das Wirtschaftsleben läme zum Stillstand. Eine Einfuhr ausländischer Kohlen sei, abgesehen davon, daß im Ausland selbst ein großer Mangel an Kohlen herrsche, durch den ungünstigen Stand unserer Währung so gut wie ausgeschlossen.

An die Ausführungen des Geh. Kommerzienrats Klöckner schloß sich eine längere Aussprache, aus der hervorging, daß die Meinung dieses Sachverständigen auf alle Teilnehmer den tiefsten Eindruck gemacht hatte.

Nachmittags hielt der Ausschuss im großen Saale des städtischen Saalbaues noch eine weitere öffentliche Sitzung ab, die von mehreren Tausend Personen besucht war. In derselben wurde Bericht erstattet über den ersten Teil des Programms, nämlich die Gesundheitsverhältnisse der Bergarbeiter und die Wirkung der Schichtverlängerung auf diese. Von den Mitgliedern des Ausschusses sprachen Bergmann Bougelot als Vertreter der Arbeitnehmer, Bergassessor Brandt als Vertreter der Arbeitgeber und Professor Heymann als Vertreter der Wissenschaft.

Am Donnerstag vormittag wurde die Versammlung der Sachverständigen fortgesetzt. Zunächst hielt als Vertreter des Reichskohlen-Kommissars für die Kohlenverteilung Generaldirektor Kangerer einen längeren Vortrag, woran sich wieder eine Erörterung anschloß. Die Ausführungen dieses Sachverständigen gipfelten in dem Eingeständnis einer geradezu erschütternd geringen Versorgung Deutschlands mit Kohlen für den kommenden Winter. In Hand eines sehr umfangreichen Zahlenmaterials wurde dies im einzelnen nachgewiesen. Die Darstellungen des Generaldirektors Kangerer machten auf die Teilnehmer einen tiefen Eindruck und sie werden nicht ohne großen Einfluß auf den weiteren Verlauf der Verhandlungen des Ausschusses bleiben. Einmütig wurde der Wunsch geäußert, daß die Öffentlichkeit mehr als bisher über die traurige Lage unserer Kohlenversorgung und damit die Gefährdung des ganzen Wirtschaftslebens unterrichtet werde.

Interessant war es, daß eine Vertretung von Arbeitern aus dem Berliner Bauergewerbe ein Mitglied nach Essen geschickt hatte, um in bewegten Worten die Bergarbeiter einbringlich zu bitten, die Kohlenförderung zu steigern, da schon jetzt auf dem Berliner Baumarkt täglich Hunderte von Arbeitern entlassen werden müßten, weil es an Kohlen zur Herstellung der nötigen Baustoffe fehle. Bei einer Verstärkung der Lage würde eine Katastrophe unvermeidlich sein.

Bergarbeiterausstand und Fettversorgung.

Der Reichsernährungsminister war H. W. L. B. infolge der im weitesten Maße abgeschlossenen Einkäufe in die Lage versetzt, vom 2. August ab die zweite Petition in der Weise zu erhöhen, daß der dringende Fettbedarf der Bevölkerung für die kommende Zeit einigermaßen befriedigt werden konnte. Durch die fortwährende Streikbewegung in dem Kohlengebiete und die damit verbundene mangelhafte Kohlenlieferung der Margarinerwerke ist die weitere Fettversorgung der Bevölkerung aufs äußerste gefährdet. Bereits jetzt ist die Hälfte für die Margarinerproduktion tätigen Werke zum Stillstand verurteilt. Es sind Rohstoffe genügend vorhanden, können aber in unerwartetem Maße an die Bevölkerung nicht verteilt werden. Wenn nicht in letzter Stunde die Arbeiter ein Einsehen haben und die dringenden notwendigen Kohlen fördern, so ist es eine Unmöglichkeit die zweite Fettversorgung weiter durchzuführen.

Heimkehr der Madaken-Armee.

Aus Wien wird vom Freitag gemeldet: Heute vormittag traf auf dem Ostbahnhof der erste Transport der Madaken-Armee ein. Diese Heeresabteilung ist, wie erinnerlich, nach ihrer Rückkehr vom Balkan in Ungarn interniert worden. In den nächsten Tagen werden weitere Transporte der Armee folgen. Im ganzen handelt es sich um etwa 50 000 Mann, die über Wien nach Deutschland heimkehren. Auch Madaken selbst soll über Wien reisen, wo er auf dem Bahnhof begrüßt werden wird.

Geständnisse Wilsons.

Nach einer Meldung des Pressebüros Radio greift „New York Sun“ den Präsidenten Wilson an, weil er auf einer Konferenz mit Cumber im Weißen Haus erklärt habe, seiner Ansicht nach wäre es zum Krieg zwischen Amerika und Deutschland gekommen, auch wenn Deutschland seine kriegerischen Handlungen gegen Amerika begehren hätte. Das Blatt fragt unter Hinweis auf die von dem Präsidenten vor dem Eintritt Amerikas in den Krieg gehaltenen Reden, was Präsident Wilson mit dieser Erklärung sagen wollte.

Der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“ in Washington trägt über die Unterredung, die Präsident Wilson mit den Senatoren im Weißen Hause hatte, nach: Präsident Wilson erklärte, er habe vor seiner Ankunft in Paris keine Kenntnis von den Geheimverträgen, die verschiedene Staaten untereinander abgeschlossen hatten, gehabt, trotzdem diese Verträge schon bestanden hätten, als die Entente bei Amerika darauf drang, am Kriege teilzunehmen. Der Berichterstatter meint, diese Äußerung beweise ein neues Moment des Widerstandes derjenigen Senatoren, die gegen den Völkerbund seien. Kerner meldet er, Präsident Wilson habe den Senatoren erklärt, Amerika werde 15 Jahre lang in den Rheinlanden ein Truppenkontingent unterhalten müssen.

Erhebung Montenegros.

Der montenegrinische Vertreter in Norwegen macht nach einer L.-M.-Meldung aus Kopenhagen bekannt: Die letzten Meldungen aus Montenegro besagen, daß die Montenegriner sich wegen der Veruche Serbiens, Montenegro sich zu unterwerfen, erhoben haben. Die Montenegriner wollen ihre fünf-hundertjährige Freiheit nicht verlieren. Es wird heftig gekämpft. Die serbischen Zeitungen melden, daß die Montenegriner ausgezeichnet geführt werden und gut bewaffnet sind und daß sie mit ihrer geschichtlichen Tapferkeit kämpfen. Die montenegrinische Regierung hat ihren ständigen Sitz in Neuilly, bei ihr sind Amerika, Frankreich, England und Italien durch Gesandte vertreten.

Der „Secolo“ meldet aus Cetinje: Hier ist die montenegrinische Republik ausgerufen worden. Ententeuppen sind auf dem Wege nach Cetinje und Cetinje.